



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Ruth Müller SPD**

Kinder und Jugendliche stärken IV: Demokratische Teilhabe von Anfang an

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für eine stärkere demokratische und politische Teilhabe von Kindern von Anfang an einzusetzen. Kinder sollten bereits mit der frühkindlichen Bildung erste Demokratieerziehung erleben sowie ihre eigenen Rechte verstehen lernen und diese im Verlauf des Großwerdens sowohl schulisch als auch in der Freizeit regelmäßig praktisch ausüben können.

Dazu sollen Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie deren Fachkräfte stärker dabei unterstützt werden, entsprechende Konzepte verstärkt in den Lernalltag zu integrieren. Unterstützt werden sollen auch die Kommunen, um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, beispielsweise in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Jugendring, verstärkt auszubauen und anhand von Projekten für Kinder und Jugendliche demokratische Prozesse von Anfang an verständlich zu machen.

Begründung:

Bereits in der UN Kinderrechtskonvention ist verankert, dass Kinder das Recht auf Bildung, Förderung und Information haben sowie auf freie Meinungsäußerung und Beteiligung. Ziel bayerischer Kinder- und Jugendpolitik muss es deshalb sein, Kinder und Jugendliche bereits beim Aufwachsen zu stärken und ihre Meinungsäußerung und Beteiligung zu fördern. Dies begünstigt nicht nur die demokratische Teilhabe der Heranwachsenden, sondern ist auch Baustein für aktiven Kinder- und Jugendschutz.

Vielfalt, Toleranz und demokratische Werte sollten bereits im Frühkindesalter gelernt werden, sodass diese möglichst von Beginn an gelebt werden und sich verfestigen. Kinder lernen so nicht nur, dass sie selbst Rechte haben und für diese einstehen können und dürfen, sondern auch die Bedeutung des Lebens in einer Gesellschaft und die Herausforderungen dabei. Obwohl die Demokratiebildung bereits Teil des Bildungs- und Erziehungsplans ist, muss diese im Kita-Alltag einen noch größeren Stellenwert einnehmen. Studien wie die Shell-Jugendstudie zeigen wiederholt die Relevanz wirkungsvoller Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche und, dass die Rahmenbedingungen hierfür weiterhin verbesserungsbedürftig sind.

Zielgerichtete Konzepte sollten daher bereits in Kindertageseinrichtungen und anderen Einrichtungen für Kinder verstärkt angeboten werden. Auch andere, kreative Projekte und Kursangebote im Rahmen der Demokratiebildung sollten bayernweit stärker gefördert und angemessen beworben werden. Ein Fokus sollte dabei auf den ländlichen Raum gelegt werden, in welchem das Angebot bisher deutlich geringer ist. So kann sichergestellt werden, dass erfolgreiche Konzepte wie „Mini München“ oder Kinder- und Jugendparlamente nicht nur städtischen Kindern, sondern auch denjenigen auf dem Land angeboten werden können.

Unterstützt werden sollten Initiativen, Vereine und Organisationen, die sich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander einsetzen. Zudem soll diese Thematik in der Ausbildung für Fachkräfte, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, verstärkt werden und regelmäßig Fortbildungen zum Thema ermöglicht werden, um auch bei den relevanten Akteuren eine erhöhte Sensibilität zu erreichen.